

Calmer Tagblatt

Nr. 9 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Hk., Familienanzeigen 30 Hk., Vietnam 150 Hk. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 9. Freitag, den 12. Januar 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Krügelehn 630 Hk. monatlich. Postversandpreis 630 Hk. Einsch. der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Das französische Gewaltunternehmen ins Ruhrgebiet.

Lügnerische und demagogische Erklärungen Poincaré's. — Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich.

Der Einmarsch der französischen u. belgischen Truppen ins Ruhrgebiet.

Essen, 11. Jan. Die Spitzen der französischen Truppen sind gegen 10 Uhr in Essen eingetroffen. Die französischen Truppen, die bisher nicht in das Innere der Stadt vorgedrungen sind, ziehen durch die südlichen Außenbezirke in westlicher Richtung weiter nach Steele und Kranz. Bisher kamen mehrere tausend Mann Radfahrer, Kavallerie, Artillerie-Abteilungen und etwa 10 Panzerwagen hier durch. Weitere Formationen folgen ununterbrochen. Die Bevölkerung gab beim Durchzug keinerlei Zeichen irgendwelcher Teilnahme und verhielt sich ruhig und ernst. Die meisten Rolläden sind herabgelassen. Viele Geschäfte sind geschlossen und die Fenster verhängen. Im Norden des Industriegebiets sind belgische Truppen von Ruhrort aus über Oberhausen und Bottrop nach Horst gezogen, während Quartiermacher weiter nach Gladbeck führen.

Essen, 11. Jan. Gegen 2 Uhr nachmittags ist das Innere der Stadt Essen von französischen Truppen besetzt worden.

Essen, 12. Jan. Ueber die Besetzung Essens wird noch ergänzend gemeldet, daß gestern Nachmittag die französischen Truppen von den äußeren Stadtbezirken aus nach dem Zentrum der Stadt marschierten. Um 2 Uhr 10 kamen sie in der Nähe des Bahnhofes an. Eine Reihe öffentlicher Gebäude wurde besetzt, zuerst die Post und der Bahnhof. Die Post wurde sofort geschlossen und der Verkehr längere Zeit unterbrochen, insbesondere der Fernsprech- und Telegraphenverkehr eingestellt. Die Personen, die sich bei der Besetzung der Post im Gebäude befanden, wurden festgehalten und nach etwa einer Stunde wieder freigelassen. Unter den Festgenommenen befand sich auch der Vertreter der Associated Press. Das Kohlenyndikat, das sich ebenfalls in der Nähe des Bahnhofes befindet, wurde durch eine größere Kavallerieabteilung sofort besetzt. Danach rückten neue Truppen ein, wodurch der Verkehr auf den Straßen längere Zeit lahmgelegt wurde. Die Bevölkerung verhielt sich vollkommen schweigend. Die Geschäftsläden im Stadtzentrum waren ebenso wie in den Außenbezirken geschlossen. Die einziehenden Truppen marschierten auf den Rathausplatz. Nach längeren Verhandlungen begab sich der die Truppen führende französische General Rampond in das Amtszimmer des Oberbürgermeisters Dr. Cuther. Der französische General teilte diesem mit, daß er im Auftrage seiner Regierung gewisse Maßnahmen in Essen durchzuführen habe, insbesondere die Besetzung öffentlicher Gebäude. Er beabsichtige, einen Teil der Truppen wieder zurückzuziehen, wenn die Besetzung durchgeföhrt und die Ruhe und Ordnung nicht gestört würden. Oberbürgermeister Dr. Burk erklärte, er füge sich nur unter dem Zwange der militärischen Gewalt und erhob namens der Stadtverwaltung gegen die Ausübung dieser Gewalt Einspruch. Der General nahm die Erklärungen des Oberbürgermeisters schweigend zur Kenntnis. Die französischen Truppen verbreiteten nach ihrem Eintreffen in Essen sofort einen Aufruf des Generals Degoutte, in dem mitgeteilt wird, daß im Ruhrgebiet französische und belgische Truppen stationiert werden und daß der Belagerungszustand über das ganze von diesen Truppen neu besetzte Gebiet verhängt wird. Weiter wird mitgeteilt, daß die deutschen Gesetze in Kraft bleiben, insbesondere die Sozialgesetze, und daß der Achtstundentag beibehalten werden soll. Die Presse werde nicht zensuriert, doch würden Artikel, die zu Ruhestörungen aufforderten oder Beleidigungen der Belagerungstruppen enthielten, bestraft. Schließlich werden Mitteilungen über die Kriegsgerichte gemacht.

Erklärungen des Reichskanzlers im Auswärtigen Ausschuß.

Berlin, 11. Jan. Im auswärtigen Ausschuß des Reichstags berichtete gestern Reichskanzler Dr. Cuno über die politische Lage. Aufbauend auf die Novembernote, sei die Regierung bestrebt gewesen, sich aktiv an der Lösung des Reparationsproblems zu beteiligen. Dieser Weg sei gegangen worden, weil es sich um Deutschlands Schicksal handelte, über das von der anderen Seite entschieden werden sollte, und zugleich, weil die Regierung glaube, daß das Problem nur in offener Aussprache

lösbar sei. Alles sei geschehen, um zu einer offenen Aussprache auch mit Frankreich zu kommen. Wir hätten Poincaré wiederholt wissen lassen, daß wir zu unmittelbaren Verhandlungen, insbesondere auf dem Gebiet unserer Industrie, die Hand böten. Poincaré habe diese Verhandlungen nicht zugelassen. Der Grundgedanke der Vorschläge für Paris habe der Erkenntnis entsprochen, daß Frankreich zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage unmittelbarer Zahlungen bedürfe, und auf die Zusammenarbeit der beiderseitigen industriellen Kreise Wert lege. Was die erste Frage betreffe, so sei angeführt der von dem Bankierkomitee vom vorigen Jahr ausgesprochenen Zahlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches das einzige Attribut, das wir hätten, unser Kredit. Und der sei äußerst gering, solange die Lasten des Versailler Vertrags unbegrenzt das deutsche Volk drückten. Damit sei zugleich der einzig zulässige Wertmesser für unsere Leistungsfähigkeit gegeben. Der deutsche Kredit hätte also nur bei einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage angepannt werden können. Wir hätten angeboten, daß eine feste Summe für Anleihen aufgelegt werde, die auch, wenn sie als solche nicht realisierbar wäre, der Entente gegenüber als Anleihe verzinst und amortisiert werden sollte. Es sei weiter ein doppelter Besetzungsschein hinzugefügt worden, wonach wir in bestimmten Zeiträumen weitere Anleihen aufzulegen bereit gewesen wären, die ebenfalls der Reparationskommission zugute kommen sollten. Die Anleihen sollten durch Garantie unserer Wirtschaft gesichert werden. Ueber die Art der Sicherung mit dem Anleihefortium zu verhandeln, sei die deutsche Industrie bereit gewesen. Außerdem sollte eine Verständigung mit den französischen Industrien für gewisse Kooperationen erfolgen. Der Reichskanzler legte dann näher dar, weshalb man diesen Plan nicht durch eine Note der Konferenz in Paris übergeben habe. Wir hätten dabei nicht, wie es in den Zeitungen vielfach geheißen habe, einen bestimmten Vertreter zum Vortrag dieser Pläne geschickt, vielmehr hätten wir uns bereit erklärt, auf Aufforderung die Pläne schriftlich vorzulegen und mündlich erläutern zu lassen. Eine Antwort darauf sei nicht erfolgt. Leider sei auch kein anderer Vorschlag aus der Pariser Konferenz hervorgegangen, auch nicht der englische, den die Franzosen nicht so sehr abgelehnt hätten, weil seine finanziellen Ergebnisse ihnen nicht genügen, als vielmehr deshalb, weil offensichtlich eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich über die Bedingungen des Vorgehens in der Reparationsfrage bestanden habe. England wolle die Reparationsfrage mit wirtschaftlichen und finanziellen Mitteln lösen, während Frankreich bestrebt war, seine politischen und wirtschaftlichen Ziele zu verwirklichen, was ihm wertvoller ist, als jede rein wirtschaftliche Lösung. Damit sei die Tendenz der Politik Poincaré's vor aller Augen klar gestellt und die letzten Zweifel daran seien wohl für jeden geschwunden, seitdem Poincaré den Friedenspakt mit den am Rhein interessierten Mächten abgelehnt habe. Der Reichskanzler betonte, daß dieser Friedenspakt von deutscher Seite aufrichtig und ernst gemeint gewesen sei und daß in der Abstimmung über die Kriegserklärung durch die Volksabstimmung, die sicherste Friedensgarantie für alle Zeiten gegeben gewesen sei. Der Kanzler schilderte dann die Verhandlungen über diese Vorschläge und kam zu dem Ergebnis, daß Deutschland materiell und politisch getan habe, was in seiner Kraft stand und was mit seiner Verantwortung für die weitere Existenz unseres Volkes vereinbar sei. Wir hätten materielle Angebote bis zur äußersten Grenze unserer Leistungsfähigkeit gemacht. Wir hätten unsere Garantien angeboten und dadurch endlich das Letzte getan, was ein Volk habe tun können, um die Pläne der Revanche zu zerstören. So wies der Reichskanzler nach, daß mit Frankreich nicht zu einer Lösung des Reparationsproblems zu kommen sei. Was Frankreich wolle, befragten die Reichsrichtern über die Truppenbewegungen, die uns die letzten Tage gebracht hätten. Diese seien nicht einmal in äußerlicher Verbindung mit der großen Reparationsfrage in Szene gesetzt worden, sondern mit den Verfehlungen bei den Holz- und Kohlenlieferungen. Diese beruhten auf besonderen Verabredungen, bei deren Verstoß keinerlei militärische oder sonstige Sanktionen vorgesehen seien. Eingehend legte der Reichskanzler die Rechtslage dar und kam zu dem Schluß, daß Frankreich und Belgien den Vertrag von Versailles offenkundig gebrochen hätten. Das müsse umsomehr zu ernstesten Konsequenzen führen, als die französische Aktion Deutschland ge-

Neueste Nachrichten.

Der Einmarsch ins Ruhrgebiet durch französische und belgische Truppen ist nun tatsächlich erfolgt. Poincaré hat unter dem demostrierten Beifall der Kammermehrheit diesen Gewaltakt, der den Versailler Vertrag zerreiht, und die schwerste Verletzung des Völkerechts darstellt, mit widerlich heuchlerischen und schamlos demagogischen, lügnerischen und schamlos demagogischen Erklärungen zu begründen versucht. Die deutsche Regierung hat gegen das Vorgehen bei allen fremden Staaten, bei denen sie Vertretungen unterhält, schärfste Verwahrung zu erklären und die diplomatischen Beziehungen eingelegt, sie hat die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und Belgien abgebrochen, und außerdem auch die Sachlieferungen an diese beiden Staaten eingestellt. Weitere Maßnahmen werden von dem Verhalten Frankreichs abhängig gemacht. Es ist doch wohl zu erwarten, daß angesichts der Behauptungen Poincaré's die bisherigen gewaltigen Leistungen Deutschlands an die Alliierten aller Welt bekannt gegeben werden, ebenso aber auch die Tatsachen unserer Verarmung und Unterernährung.

Die deutsche Reichsregierung erklärt an das deutsche Volk einen Aufruf, im Interesse der Gesamtheit Ruhe und Disziplin zu bewahren, und gegenseitiges Verständnis in allen Bevölkerungsschichten zu üben, um das Los der bedrängten Volksgenossen im Rheinland nicht noch mehr zu erschweren.

Gegen den Einbruch italienischer Truppen ins Memelland hat der Kommissar der Alliierten, die dieses Gebiet zu schützen haben, Einspruch erhoben, zugleich aber auch in unverhämter Weise Deutschland gewarnt, unsern Volksgenossen zu Hilfe zu kommen. Also dieselben Methoden wie in Oberschlesien!

rade das Gebiet aus den Händen nehme, aus dem die Leistungen bisher geschienen seien. Eine aktive Gegenwehr sei dem deutschen Volk nicht möglich, aber es werde sich auch nicht willenlos dem Rechtsbruch beugen. Die Reichsregierung werde ihren Protest gegen diesen Rechtsbruch allen Ländern notifizieren. Der Votschreiber Dr. Mener werde angewiesen werden, Paris zu verlassen und nach Berlin zu kommen. Das Volkspersonal werde dort bleiben. Die Reparationsleistungen würden vertragsbrüchigen Ländern gegenüber eingestellt werden, denn die in seiner Hamburger Rede schon erwähnte Pfandnahme habe notwendigerweise den Tod der Reparationen zur Folge, schon weil mit der Besetzung des Ruhrgebiets die stärkste Quelle der deutschen Wirtschaftskraft und Leistungsfähigkeit zusammenbrechen müsse. Die Beamten im besetzten Gebiet würden mit Rücksicht auf die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte dort gelassen werden. Was weiter zu geschehen habe, hänge von dem ab, was von der anderen Seite noch erfolgen werde. Entscheidend für uns sei die Haltung des Volkes.

In Einheit und Würde würden wir der bevorstehenden Leidenszeit und allen wirtschaftlichen Gefahren entgegenreten, die aus der Wegnahme des Herzens unserer Wirtschaft entstehen könnten. Es gelte insbesondere die Teuerung abzuwenden, die sich aus der sprunghaften, wahn sinnigen Steigerung der fremden Währungen ergeben werde. Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die dem entgegenstünden, habe die Reichsregierung Bemühungen unternommen. Die Verhandlungen darüber mit den wirtschaftlichen Kreisen seien im Gange und würden in den nächsten Tagen mit den Gewerkschaften weitergeführt werden. Das deutsche Volk müsse sich in allen Schichten, auch in denen, die bisher die Not nicht empfunden hätten, zu einer einfachen Lebenshaltung bekennen. Zum Zwecke der Beratung über diese Frage und der gesamten Lage habe er die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder für Freitag nachmittag nach Berlin gebeten. Aller Erfolg unserer Bemühungen gegen den Vertragsbruch hängt davon ab, ob wir die Kraft des Volkes beibehalten können. Das Zusammenstehen des Volkes im Staat mit der Wirtschaftskraft und den politischen Parteien wird auch zum äußeren Ausdruck gebracht werden durch einen vom Reichskanzler gegengezeichneten Aufruf des Reichspräsidenten, den nächsten Sonntag zu einem Tag der Einkehr und der ernstesten Würdigung der Not des Vaterlandes zu gestalten. Die Regierung wird nicht ruhen, bis sie Wege gefunden hat, durch Festhalten an ihrer bisherigen Aktivität die Lage zu ent-

tsperde
anuar
rden 200
n auf 1 Mi
tes war gut,
Schweine
ne zugeführt.
ne 26-30 000
hohen Preise
markt wur
0 000 M), 20
-170 000 M;
Paar 560 000
, 59 Kalbin
¼-¾jährig
00 M). Bei
em Schweine
reis für das
Pferd- und
politischen Vertriebs-
n Calw.
Calw.
ds 8 Uhr:
lands
arten?
n-Calm.
g seiner Auf-
genpolitik der
e des letzten
e und ganz
stellation mit
zeichnen.
n, auch die
den.
gehezt.
ein Ein-
ucht
hilfe
Wochen wegen
meines Mäd-
u Haujeschafen.
au Dieterich,
gärtnerstr. 423.
jährigen
Ziegen-
Voch
drich Heugle.
nder
chmis.
zu haben
Blattes.
ar 1923.
bekanntem
ohn und
r Geduld
½ Jahren
herrn ent-
hardt.
chmittag

wirren. Sodann erstattete der Reichsminister des Äußern Dr. v. Rosenfeld, Bericht über den Schritt des französischen Botschafters und des belgischen Geschäftsträgers, der gestern nachmittag im Auswärtigen Amt erfolgt sei. Er gab den Inhalt der ihm gemachten mündlichen und schriftlichen Mitteilungen bekannt und erklärte, daß er sofort gegen die angekündigte vertrags- und völkerrechtswidrige Aktion Protest erhoben habe. Nach kurzer Aussprache wurde mitgeteilt, daß das Plenum des Reichstags voraussichtlich für Samstag nachmittag einberufen werde.

Ein Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk.

Berlin, 11. Jan. Der Reichspräsident und die Reichsregierung erlassen folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk!

Ein neuer Gewaltstreik ist auf Deutschland herniedergegangen. Mit wohlberechneter Wucht trifft der Schlag der französischen Faust einen unbeschützten Lebenspunkt der deutschen Wirtschaft, längst vorhergesehen und doch unerwartet: denn Pläne und Wünsche der Pariser Machtpolitik sind ohne Scheu auf Gasen und Märkten erörtert worden; unerwartet: denn immer blieb die Hoffnung, daß die wirtschaftliche Vernunft des französischen Volkes die politische Begehrlichkeit seiner Machthaber zügeln werde. Hat wirklich der Glaube geherrscht, daß den französischen Mächten durch Zerstörung des deutschen Arbeitszentrums abgeholfen werde, so muß schwerste Enttäuschung folgen. Gegen den Rat der Fachmänner aller Welt will Frankreich die Probe machen. Daß es bei dem Versuch scheitern muß, ist unsere Ueberzeugung. Doch uns fehlt die Macht, diese Tat der Verblendung, die sich gegen Deutschland wie gegen die gesamte Wirtschaft richtet, aus eigenen Kräften zu verhindern. Was geschehen konnte, um das Unheil abzuwehren, haben wir versucht. Das herein- gebrochene Unheil zu lindern und zu mindern, wird unser Denken und unser Trachten sein. Dabei leiten uns die Würde und das Recht der Nation, mit der wir uns eins fühlen auch in der Kraft des guten Willens. Alle Herzen erfüllt die ungeheure Bitterkeit dieser Stunde, in der über weite Teile unseres Vaterlandes das Schicksal hereinbricht, die Leiden der Fremdherrschaft ertragen zu müssen. Vermehrte Not für unser sorgen- bedrängtes Volk muß der Einbruch in die Hauptstätten unserer Arbeit im Gefolge haben. Umso dringender aber ergeht der Ruf an alle Volksgenossen: Erhebt nicht das Los der am härtesten betroffenen Landsleute und erfüllt aufrichtigen Sinnes und klaren Kopfes die Forderung des Tages: Keine Handlung darf geschehen, die unserer gerechten Sache Schaden zufügt. Die schwerste Schuld am eigenen Volk würde auf sich laden, wer sich hintergehen ließe, durch eine unüberlegte Tat dem Gegner in die Hand zu arbeiten. Von der eisernen Selbstbeherrschung eines jeden Einzelnen hängt das Wohl und Wehe der Gesamtheit ab. Jetzt mehr als jemals leuchtet uns das Beispiel der Würde und der moralischen Kraft voran, das die Rheinlande in den Jahren der Leiden gegeben haben. Den treuen rheinisch-westfälischen Brüdern gilt heute vor allen anderen unser Gruß. Ihr werdet die eigenste Fähigkeit bewahren, die Euer alles Erbteil ist, und ungebrosen werden ihr diesen Wetterbraus überdauern, ihr, die kein Sturm der Weltgeschichte jemals entwurzelt hat. Ihr seid Zeugen, wie Friede und Recht von neuem gebrochen werden. Mit Euch erheben wir Protest vor der Welt gegen den Bruch des Vertrags und gegen den schweren Druck des stillen Rechts unseres Volkes auf Leben, Bestand und Selbstbestimmung. Eine schwere Zeit hebt an, wohl schwerer noch als die Jahre, die wir seit dem Kriege durchlebten. Wir lange die Prüfung dauern wird, vermag niemand zu sagen. Nur das wissen wir, daß die Not gesteigert und verlängert wird, wenn Volk und Staat ihr nicht in untrennbarer Einheit begegnen. Aber das auch wissen und hoffen wir, daß festes Zusammenstehen des ganzen Volkes sie kürzen wird. Dazu wollen wir uns die Hand reichen und die Herzen stark machen. In Stadt und Land laßt uns den nächsten Sonntag unter all dem äußeren Druck der inneren Erhebung widmen und überall durch alle deutschen Gauen, in Hof und Hütte unseres Vaterlandes gedenken, seiner Leiden und seines Rechts!

Abberufung der deutschen Vertreter in Paris und Brüssel.

Berlin, 10. Jan. (Draht. W. B.) Botschafter Dr. Mayer ist telegraphisch angewiesen worden, die Geschäfte an einen Botschaftsrat abzugeben und Paris zu verlassen. Eine entsprechende Weisung hat auch der Gesandte Dr. Landsberg in Brüssel erhalten. — Die Reichsregierung hat die deutschen Vertreter im Ausland angewiesen, bei den fremden Regierungen unter eingehender Darlegung der Sach- und Rechtslage gegen die vertrags- und völkerrechtswidrige Gewaltspolitik Frankreichs und Belgiens Verwahrung einzulegen.

Einstellung der Leistungen gegen die Vertragsbrüchigen.

Berlin, 12. Jan. Die Einstellung der Leistungen gegen die vertragsbrüchigen Länder unterliegt in ihren Einzelheiten noch der Erwägung. Es wird nicht möglich sein, den Verkehr mit allen Kommissionen abzubrechen, weil an mehreren derselben auch Vertreter der Länder beteiligt sind, die sich keines Vertragsbruchs schuldig gemacht haben.

Die französische Begleitnote.

Berlin, 11. Jan. Nunmehr liegt auch die Note vor, womit das französische Vordringen in das Ruhrgebiet dem deutschen Botschafter in Paris am 10. Januar gleichzeitig mit der Ueberreichung der Note in Berlin notifiziert wurde. Die Note hat folgenden Wortlaut: „Ich habe die Ehre, hiermit eine für die deutsche Regierung bestimmte Mitteilung zu übergeben, wonach die Regierung der Republik der deutschen Regierung die Maßnahmen bekannt gibt, die sie angesichts der deutschen Nichterfüllung der von der Reparationskommission aufgestellten Lieferungspro-

gramme von Holz und Kohlen für Frankreich zu ergreifen gezwungen sieht. Die fraglichen Maßnahmen werden auf Grund des § 18 Anhang 2 zu Teil 8 des Versailler Vertrags ergriffen. Sie enthalten seitens Frankreichs keinen Gedanken an eine militärische Operation oder an eine Besetzung politischer Art. Ich darf mich der Hoffnung hingeben, daß die deutsche Regierung der Ausführung dieser Maßnahmen keine Hindernisse in den Weg legen wird, die sie erschweren und damit die Aufgabe der beiden Regierungen nur noch schwieriger machen könnte.

Treuebekenntnis der Bevölkerung Essens.

Berlin, 11. Jan. Beim Reichspräsidenten ist folgendes Telegramm aus Essen eingegangen: Die aus der Mitte der Bürgerschaft für heute nachmittag einberufene und trotz der Kürze der Einberufungsfrist von vielen Zehntausenden besuchten Versammlung haben soeben in überwältigender vaterländischer Begeisterung folgende Entschließung gefaßt: „Der Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung findet den vollsten Widerhall in den Herzen aller Essener. Angekämpft der Gefahr schwerster Gewalttat und herber Not halten wir fest am deutschen Gemeinsinn und opferfreudiger Vaterlandsliebe. Vor der ganzen Welt legen wir lauten Einspruch gegen den Rechtsbruch und die Gewaltpolitik ein. Was auch kommen mag, wir bekennen uns auch ferner in unerschütterlicher Treue zu Volk und Vaterland.“

Der 14. Januar nationaler Trauertag.

Berlin, 11. Jan. Die Reichs- und preussische Staatsregierung haben im Hinblick auf den schweren Rechtsbruch, den Frankreich unter Mißachtung des Friedensvertrags durch die widerrechtliche Besetzung friedlicher Gebiete Deutschlands begangen hat, beschlossen, den kommenden Sonntag, den 14. Januar als nationalen Trauertag all- gemein zu begehen. Zu diesem Zweck hat der Minister des Innern, Severing, namens der preussischen Staatsregierung, angeordnet: Alle staatlichen und kommunalen Dienst- gebäude haben an dem genannten Tage in den Reichs- und Landesfarben Halbmaß zu schlagen. Theateraufführungen, sowie Vorführungen von Lichtbildern und Lichtspielen haben zu unterbleiben, sofern nicht der ernste Charakter der Veranstaltung gewahrt ist. Verboten sind alle öffentlichen Tanzveranstaltungen, Bälle und Lustbarkeiten. Eine Verlängerung der Polizeistunde an dem genannten Tage ist ausnahmslos ausgeschlossen.

Frankreich pfeift auf angelsächsische Proteste.

Paris, 11. Jan. Der „Matin“ schreibt heute: Vielleicht wird das britische Kabinett einen Protest vornehmen lassen. Das kann gar keinen Einfluß auf den Willen Frankreichs und Belgiens ausüben. England wird Deutschland nicht unterstützen. Alles, was es im Falle eines französischen Mißerfolges tun könnte, wäre, zu sagen, daß es sich vorsehe. — Aber die Lage Frankreichs ist ausgezeichnet. Mit den Methoden, die die Londoner Regierung vorgeschlagen hat, hätte man von Deutschland keine Zahlung erhalten. Aber mit derjenigen, die man jetzt ins Werk gesetzt hat, hat man viele Chancen dafür, wenn wir einmal Herren des Ruhrgebiets sind, dann sind Belgien, Frankreich und Italien stark genug, die Drohungen der City und der Wallstreet zu ertragen, ohne geschwächt zu werden.

Poincaré „begründet“ seine Gewaltpolitik.

Paris, 11. Jan. Nach dem Kammerpräsidenten Férret ergriff Ministerpräsident Poincaré das Wort und sagte u. a., daß seine Regierung der deutschen Regierung ein Moratorium ohne Pfänder und Garantien verweigert habe, weil das französische Volk schon so viel Geduld gezeigt habe. Er habe alle Mittel erschöpfen wollen, um zu einer Verständigung zu kommen. Man habe sich an die bestehenden Verträge gehalten, um die volle Handlungsfreiheit zu gewinnen, damit von französischer Seite kein Unrecht gegenüber seinen Alliierten, ja nicht einmal gegenüber Deutschland begangen werde. Wenn England eine praktische Lösung vorgeschlagen hätte, würde sich Frankreich dieser angeschlossen haben. Poincaré schilderte dann die Verhandlungen der Pariser Konferenz und unterstrich dabei die Tatsache, daß Frankreich finanziell nicht imstande sei, weder einer Herab- setzung seiner Forderungen, noch einer Affimilierung der französischen Forderungen mit den alliierten Schulden zuzustimmen. Der Ministerpräsident gab dann ein Bild der Maßnahmen, die Frankreich vorgeschlagen habe, um die deutschen Finanzen zu sanieren und um dem fortgesetzten Skandal der deutschen Kapital- flucht ein Ende zu bereiten. Es sei nicht möglich zu hoffen, daß Deutschland freiwillig die unerläßlichen Maßnahmen ausführe. Man müsse es also überraschen und wenn nötig zwingen. Des- halb sei die Pfandnahme erfolgt. Das französische Programm habe nur eine Wirtschaftskontrolle schaffen wollen, durch die man ohne militärische Intervention annähernd eine Milliarde Gold- mark hätte erlangen können. Dadurch hätte man einen Druck auf die deutsche Großindustrie ausüben können, die sich auf Kosten des deutschen Staates und des deutschen Volkes entwickelt und bereichert habe. Poincaré betonte, daß Italien und Belgien in gleicher Weise die Notwendigkeit der produktiven Pfänder anerkannt hätten. Nur England habe einen anderen Plan vor- gelegt, der ohne Garantien Deutschland für eine lange Zeit hätte Vertrauen schenken wollen. Der Ministerpräsident unterzog so- dann den englischen Plan einer eingehenden Kritik und bemängelte vor allem, daß man einen Bankierauschuß vorgesehen habe, in dem ein Deutscher sitzen und die Entscheidungen treffen sollte. Poincaré verteidigte weiterhin den Versailler Vertrag, der für Frankreich ein inneres Staatsgesetz sei und fuhr fort, eine schlimme Ironie sei es gewesen, daß der englische Plan auch der Rolle der Reparationskommission eine Ende gemacht hätte. Ein Schiedsgericht hätte nämlich ohne die Kommission eine neue Herabsetzung der französischen Forderungen beschließen können. Sanktionen seien nicht angedroht worden, es sei

den, daß die Alliierten sich darüber geeinigt hätten. Im weite- ren Verlauf seiner Rede kritisierte Poincaré den vorgezeichneten Bankierauschuß und vertrat seine Ansicht, daß heute die Regie- rungen die Finanzleute nicht frei schalten und walten lassen könnten. Bezüglich der englisch-französischen Beziehungen erklärte der Ministerpräsident, Frankreich und England könnten lokal miteinander verhandeln, ohne ihre Allianz in Gefahr zu bringen. Die Allianz sei nicht aufgegeben worden, da sie auf unauslöschlichen Erinnerungen beruhe und auf den Interessen beider Länder. Frankreich habe übrigens nur einem von Eng- land selbst unterzeichneten Vertrag Respekt verschafft. Poincaré kam auf die Feststellung der Verfehlungen Deutschlands in den Holz- und Kohlenlieferungen durch die Reparationskommission zu sprechen und betonte, daß diese die Verfehlung habe konsta- tieren müssen. Bezüglich der wirtschaftlichen Lage Deutschlands erklärte er, daß dieses ungeheure Quantitäten Stickstoff herstelle und zwar zweimal so viel als seine Landwirtschaft nötig habe, und es könne achtmal so viel Explosivstoffe herstellen als die Alliierten während des Krieges zu fabrizieren im Stande ge- wesen seien. Bezüglich der Lieferung von Stickstoff habe man eine absolute Ablehnung erfahren und sei bei den Verhandlungen in bezug auf Quantität und den Preis überall auf Schikanen gestoßen. Auch die Schiffe, die Frankreich erhalten müsse, seien noch nicht vollkommen abgeliefert. Was die Verwendung deut- scher Arbeiter anbelange, so habe die französische Regierung ein großes Programm aufgestellt, das die Reparationskommission grundsätzlich gebilligt habe. Frankreich habe darauf keine Ant- wort erhalten.

Poincaré verlas dann die Bestimmungen des Versailler Ver- trags, in dem Deutschland verpflichtet wird, gewisse Maßnahmen nicht als feindselige Handlungen zu betrachten. Frankreich be- halte das Recht zu handeln, wie es gehandelt habe. Seine Inge- nieure seien heute in Essen eingetroffen und seine Truppen lagerten um die Stadt herum. (Lebhafte Beifall und Kundgebun- gen auf allen Bänken, mit Ausnahme der äußersten Linken). Als Poincaré erklärte, daß Frankreich nicht allein sei, brachte die Kammermehrheit dem in der Diplomatensloge anwesenden belgischen Botschafter eine Kundgebung dar. Poincaré fügte hin- zu, daß auch italienische Ingenieure an der Aktion teilnehmen, worauf die Kammer auch Italien eine Kundgebung darbrachte. Poincaré fuhr fort, daß der Einmarsch ins Ruhrgebiet erfolgt sei, um die Lebensinteressen der Alliierten zu verteidigen. Die deutsche Regierung habe die Fortschaffung des Kohlensubsidiums aus Essen begünstigt, weil es jedenfalls Beweise für die Ver- fehlungen des deutschen Reiches enthalten habe. (Zuruf: Dann holen Sie es doch in Hamburg!) Der Ministerpräsident sagte weiter: Gestern haben unsere Truppen die englische und ameri- kanische Besatzungszone durchschritten und sind überall im Geiste voller Kameradschaft aufgenommen worden. Zweifelsohne zwingt uns das Beisitzestehen Englands, Vorsichtsmaßregeln zu ergrei- fen. Wir haben die deutsche Regierung benachrichtigt, daß es sich um keine Operation militärischer Art handelt. Wir haben von unseren Soldaten nur in beschränktem Maße Gebrauch ge- macht, um die Tätigkeit unserer Ingenieure zu unterstützen. Ver- heimlichen wir uns aber nicht, daß wegen des Versagens Eng- lands diese Pfandnahme weniger produktiv sein wird. Ich werde sogar in loyaler Weise darauf hin, daß man sehr beträchtliche Zahlungen nicht erwarten kann. Aber geringe Zahlungen sind immer noch mehr als gar nichts. Wir sind davon überzeugt, daß Deutschland keinerlei Anstrengungen machen wird, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, wenn wir nicht einen unerläßlichen Zwang ausüben. Es handelt sich nicht darum, Deutschland zu ruinieren, sondern darum, von Deutschland das zu erhalten, was es vernünftigerweise zahlen kann, namentlich Holz und Kohlen. Alsdann wollen wir Reformen verlangen, die seine Finanzen retten und die Mark stabilisieren werden. Wir sind immer be- reit, mit Deutschland und unseren Alliierten zu verhandeln, nicht um die Wiedererhebungsbestrebungen zu verhindern, sondern im Gegenteil, um Deutschland in seinem Versuch, eine ausländische Anleihe zu verlangen, zu unterstützen. Poincaré schloß, die Kam- mer müsse der Regierung Vertrauen schenken. Die Regierung glaube, unter schwierigen Umständen den Wünschen des Landes entsprochen zu haben. (Lebhafte Beifall.) Die Kammer hat mit 478 gegen 88 Stimmen die vorliegen- den Interpellationen über die Ruhrbesetzung und die auswärtige Politik der Regierung auf den ersten Freitag im Monat Februar vertagt.

Im Senat hat Ministerpräsident Poincaré die gleichen Er- klärungen wie in der Kammer abgegeben. Der Senat hat be- schlossen, daß diese Rede im ganzen Lande veröffentlicht und an- geschlagen werde.

Bermischtes.

Schweres Grubenunglück in Oberschlesien.

Hindenburg, 11. Jan. Auf der Abwehrgrube explodierte gestern Abend eine Benzollokomotive, wodurch eine ganze Strecke in Brand geriet. 45 Bergleute wurde der Ausgang abgeschnitten. Wie die Grubenleitung hierzu mitteilt, ist zu befürchten, daß 30 der Eingeschlossenen den Tod gejun- den haben.

Der Einfall ins Memelgebiet.

Memel, 12. Jan. Die Lage war hier gestern Abend im all- gemeinen unverändert. Allem Anschein nach fanden nördlich von Memel Plänkteleien zwischen der französischen Memelbesatzung und den litauischen Freischärlern statt.

Berlin, 11. Jan. Nach einer telegraphischen Meldung aus Memel hat der Oberkommissar formell Protest erhoben für den Fall, daß deutsche Truppen in das Memelgebiet einrücken wür- den. Er würde in diesem Falle eine formelle Anordnung treffen, um den Respekt des Gebiets zu wahren. — Und die Litauern?

Der Erzkönig von Griechenland †

Palermo, 11. Jan. König Konstantin von Griechenland ist gestorben, einer Meldung zufolge am Herzinfarkt.

Man ist die der Ste- beachtenswer- ein (Paragra- bene Betrag- gen und un- meinbebehor- nanzamt) in- sich die Zo- nen erhöh- menen Pers- Steuerbuchs- Stichtag für- Oktober 192- in der Steu- Beträge sin- Der für ein- nummehr m- dem 10. Okt- Kind zur W- ihr zur Ge- als auch na- höhung um- für das Kin- schwisser us- Seit 1. V- Uenderung- der vom A- minderte, je- zu seiner Z- minderjährig- jedes nicht- einkommen- und sonstige- vom 1. Jan- Ehefrau auf- zählende mi- men auf 10- bungslosten- monatlich.

Alle Pol- gegenwärtig- schmelzte S- Postagentur- schwarzer- grauem Au- Grund. Die- Adler. Die- gelbem Gru- phenhilfsste-

Ab 15. auf den deu- mäßigen F- Fahrpreiszu- zu 700 Kilo- Klasse 4000- 701—1000 F- 1000 Kilom- Für Kinder- zu entricht- Für 2 Kin- benötigen, ist- ten. Luzus-

„Gleich greulich den- sucht, der M- gen Pause i- Fluch ausge- ihm mit ein- im Leibe e- sondern fern- Staffel schrie- Frau. Es do- herunter. I- hörte mit an- sprachen. Je- übermächtige- Reden, die n- daß sie das- allein auf d- wurde, wag- und kam au- ich war vor- ter auffliege- mir das Re- bung aber, O- aber sie sind- ter vor Gott- Kinder, aber- diesen Leuten- es im Gegen- nes Waters- Schule kriti-

40)

Aus Stadt und Land.

Calw, den 12. Januar 1923.

Ermäßigung des Steuerabzugs.

Man schreibt uns: Mit der Erhöhung der Beträge, um die der Steuerabzug gekürzt wird, tritt gleichzeitig eine beachtenswerte Änderung der bisherigen Bestimmung ein (Paragr. 50 EStG): Der im Steuerbuch angegebene Betrag kann jederzeit auf Antrag des Steuerpflichtigen und unter Vorlage der Steuerkarte durch die Gemeindebehörde (bei mittellosen Angehörigen durch das Finanzamt) erhöht werden, wenn nachgewiesen wird, daß sich die Zahl der in der Steuerkarte angegebenen Personen erhöht hat. Die Ermäßigung für die neu hinzugekommenen Personen tritt bei der ersten auf die Ergänzung des Steuerbuchs folgenden Lohnzahlung in Kraft. 3 B.: Am Stichtag für die Personenaufnahme d. i. für 1922 der 10. Oktober 1922 war der Steuerpflichtige ledig. Der Betrag in der Steuerkarte für 1923 lautet also auf M 1500. (Diese Beträge sind übrigens sehr wesentlich verändert worden. Der für einen Ledigen in Betracht kommende Betrag ist nunmehr monatlich 1200 M.) Nun heiratet er kurz nach dem 10. Oktober 1922 und im September 1923 kommt ein Kind zur Welt. Er nimmt seine Steuerkarte und geht mit ihr zur Gemeindebehörde sowohl nach der Berechnung als auch nach der Geburt des Kindes und beantragt Erhöhung um 200 M für seine Frau und später um 1000 M für das Kind. Bei mittellosen Angehörigen (Eltern, Geschwister usw.) ist der Antrag beim Finanzamt zu stellen.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Seit 1. Januar erfährt der Steuerabzug eine wesentliche Änderung. Während sich bisher der Betrag, um den sich der vom Arbeitslohn abzuziehende Betrag von 10 Proz. minderte, je 40 M für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau, 80 M für jedes minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitseinkommen oder jedes nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Arbeitseinkommen und 90 M zur Abgeltung der Werbungskosten und sonstigen Abzüge, betrug, erhöhen sich diese Beträge vom 1. Januar 1923 ab für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau auf je 200 M monatlich, für jedes zur Haushaltung zählende minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitseinkommen auf 1000 M monatlich und zur Abgeltung der Werbungskosten und sonstigen Abzüge ebenfalls auf 1000 Mark monatlich.

Der neue Poststaber.

Alle Post-, Telegraphen- und Fernspreckämter erhalten gegenwärtig neue Posthauschilder. Es sind dies sog. überhöhte Schilder in Größe von 60 : 45 Zentimeter, für die Postagenturen 50 : 30 Zentimeter. Sie zeigen den neuen schwarzen Reichsadler mit rotem Schnabel, roten Fängen, grauem Auge und grauer Schwingengravur auf postgelbem Grund. Die Posthilfsstellen bekommen ein Schild ohne Adler. Dieses Schild ist 35 : 18 cm. groß und enthält auf gelbem Grund nur die Worte Posthilfsstelle oder Telegraphenhilfsstelle. Die Schilder haben keinen Holzrahmen.

Schlafwagenverkehr.

Ab 15. Januar wird bei Benützung von Schlafwagen auf den deutschen Reichsbahnen außer dem jeweiligen tarifmäßigen Fahrpreis und dem Bettartenpreis ein fester Fahrpreiszuschlag erhoben und zwar bei Entfernungen bis zu 700 Kilometern für die erste Klasse 8000 Mark, zweite Klasse 4000 M, dritte Klasse 2000 M, bei Entfernungen von 701—1000 Kilometern für 1. Kl. 9000, 2. Kl. 4500, und über 1000 Kilometer Entfernung 1. Kl. 16 000, 2. Kl. 8000 M. Für Kinder unter 10 Jahren ist der Fahrpreiszuschlag voll zu entrichten, wenn ein besonderes Bett benützt wird. Für 2 Kinder unter 10 Jahren, die zusammen ein Bett benützen, ist der Fahrpreiszuschlag nur einmal zu entrichten. Zugszüge sind vom Fahrpreiszuschlag ausgenommen.

Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.

„Gleich fuhr der Schuster wieder heraus und fluchte greulich denn das ist eine Kunst, worin er seinen Meister sucht, der Meister Christoph,“ fuhr Justine nach einer kurzen Pause in ihrem Bericht weiter. „Nachdem er seinen Fluch ausgestoßen hatte, fiel das Kind ein und antwortete ihm mit einer Stimme, die mir bei aller Angst das Herz im Leibe erfreute, denn sie klang gar nicht schwächlich, sondern kerngesund. Wie er hörte, daß ein Kind auf seiner Staffel saß, suchte er noch viel ärger und rief nach seiner Frau. Es dauerte nicht lange, so kamen sie beide mit Licht herunter. Ich drückte mich hinter meinen Pfeiler und hörte mit an, wie sie sich miteinander über ihren Fund besprachen. Ich konnte ihnen nicht zumuten, daß sie eine übermäßige Freude daran haben sollten, und es fielen Reden, die mich in Angst setzten, aber das Ende war doch, daß sie das Kind mit sich ins Haus nahmen und daß ich allein auf der Gasse blieb. Als es nach und nach still wurde, wagte ich mich hervor, lief die Mauer entlang und kam aus der Stadt hinaus, ich weiß nicht wie, denn ich war vor Freude außer mir und hätte mitten im Winter aufschlagen und jauchzen mögen wie eine Lerche, daß mir das Rechte eingegeben worden war. Meine Eingebung aber, Erhard, war die: die Leute sind freilich arm, aber sie sind reicher als ich, denn sie sind Vater und Mutter vor Gott und den Menschen, sie haben freilich neun Kinder, aber sie haben auch ein Herz für ihre Kinder, und diesen Leuten will ich mein Kind anvertrauen, da wächst es im Segen der Armut auf, und wenn je etwas von seines Vaters Herzlosigkeit in ihm ist, so wird das in dieser Schule erlosch. Dieser Gedanke war ich selber gefaßt und

Drahtloser Wirtschafts Rundspruch.

Der drahtlose Wirtschafts-Rundspruchdienst der Reichstelegraphenverwaltung, der bekanntlich in der Weise vor sich geht, daß die Eildienst D. m. b. H. in Berlin täglich zwölfmal über die Hauptfunkstelle in Königswusterhausen drahtlos-telephonisch Wirtschaftsnachrichten verbreitet, die in ganz Deutschland durch die bei den Beziehern selbst aufgestellten Funkempfangsanlagen unmittelbar und gleichzeitig aufgenommen werden, hat sich während der viermonatigen Versuchszeit durchaus bewährt. Von den Rundspruchteilnehmern wird anerkannt, daß die Nachrichten sehr rasch und gut verständlich empfangen werden. Das Verfahren gestaltet sich so, daß z. B. die Newyorker Börsenkurse nach der Feststellung in Newyork sogleich via Rauen nach Berlin herübergefunkt und im unmittelbaren Anschluß daran durch den drahtlosen Rundspruchdienst den Beziehern zugesprochen werden, sodaß sie schon etwa 10 Minuten nach ihrer Feststellung in Newyork in den Händen der deutschen Bezieher sind. Der Dienst, der bisher nur versuchsweise eingerichtet worden war, soll nunmehr auf eine festere Grundlage gestellt werden. Dazu ist eine neue Gebührensatzung vom 1. Januar an notwendig geworden. Die Gebühren können mit Rücksicht auf die hohen Selbstkosten nicht niedrig sein; die Teilnehmergebühr besteht aus dem Grundbetrag von 10 000 M und dem Teuerungszuschlag (z. Z. dem 30-fachen), was einen Jahresbetrag von 300 000 Mark ergibt. Dazu kommen noch die Einrichtungskosten der Empfangsstellen, die Sendekosten usw., sowie schließlich die der Eildienst G. m. b. H. selbst zustehende Gebühr für die Beschaffung der Nachrichten. Weitere Einzelheiten sind bei der genannten Gesellschaft zu erfragen.

Die tägliche Turnstunde.

Der Schweizer Biologe Dr. Mathias stellt in seinem neu erschienenen Buche „Die gegenwärtige Erziehungs- und Unterrichtsmethode im Lichte der Biologie“, Verlag Paul Haupt, Bern, wichtige Neußerungen der Fachliteratur über die Vermehrung und Erneuerung des Turnunterrichts zusammen.

Schon im Jahre 1888 berichtete Lagrange, daß man sich in Frankreich seit einigen Jahren über die Gefahren beunruhigt, welche die übermäßige Arbeit der Schulkinder mit sich bringe und daß sich sehr wichtige Stimmen erhoben haben, welche auf die verderbliche Wirkung der geistigen Ueberarbeitung hinwiesen. Die medizinische Akademie von Frankreich wurde veranlaßt, ein Gutachten über die Ausdehnung, die Natur des Übels und die anzuwendenden Heilmittel anzugeben. Ihr Urteil kann in nachfolgenden Sätzen kurz zusammengefaßt werden: „Uebermäßige Gehirnarbeit und unzulängliche Muskelübung.“

Professor Dr. med. et jur. Hueppe verlangt für die Zukunft mindestens einstündigen, besser aber zweistündigen Betrieb der Körperübungen. „So wie bisher darf es nicht weitergehen, daß

Wer Verwandte, Freunde und Bekannte im Ausland hat, sende ihnen deutsche Zeitungen, sorge jeder in seinem Teil dafür, daß deutsche Blätter im Auslande Verbreitung finden, jedes einzelne Blatt kann deutschem Interesse dienlich sein.

ausgeführt, als ich mit Worten ausdrücken kann, aber ich habe ihn bis zu dieser Stunde nie zu bereuen gehabt.“

„Du magst Recht gehabt haben,“ sagte Erhard, der ihre Geschichte mit inniger Teilnahme angehört und sie und da durch einen Ausruf der Bewegung unterbrochen hatte. „Aber obgleich es lang her ist und ich dich gesund vor mir sehe, bin ich doch nicht eher ruhig, als bis ich dich in deiner Erzählung zu Haus und im Bett weiß.“

„Das war bald geschehen,“ versetzte sie. „Ich war auf die Straße geraten und slog dahin, wie wenn ich vom Tanze käme. Keine Sorge schreckte mich mehr, nur den Waldweg am Steintreuz vorbei hätte ich um keinen Preis mehr einschlagen können. Es war leichtsinnig oder vielmehr im Taumel gefandelt; doch begegnete mir keine Seele, obgleich es stark gegen Morgen ging. Alles schlief noch bei meiner Ankunft zu Hause. Ich umschlich das Haus, kam herein, wie ich hinaus gekommen war, und war im Nu auf meiner Kammer und im Bett. Kaum hatte ich mich niedergelegt, so hörte ich von der Stadt her die Frühglocke, mit der der Christtagsmorgen eingeläutet wird. Du weißt, man heißt es: das Kindle wiegen. Bei diesem Tone löste sich die unnatürliche Aufregung und Spannung, in der ich mich befand, und ich brach in einen Strom von Tränen aus. Ich weiß nicht, wie ich darauf kam, denn es ist ja bei unserer Religion nicht bräuchlich, aber ich flehte zur schmerzreichen Mutter, daß sie beim ewigen Vater für mich bitte, er möge mein Kind in seine Arme nehmen an meiner Statt, weil ich nur noch wenige Tage zu leben habe in meiner großen Schwäche, und möge es im niedrigen Stande reichlich aufwachsen lassen; sollte ich aber je das Leben davontreten, so möge er mich noch in den Stand setzen, seinen Pflögeletern die Last wieder abzunehmen und ihnen zu ersetzen, was ich an ihnen gelassen habe.“

„B. bei unsern Mittelschülern in der Schulzeit auf 44 Stunden Geistesübungen nur zwei auf Leibesübungen treffen. Eine Stunde ausgiebiger täglicher körperlicher Übung ist für jeden studierenden Menschen sicherlich das erforderliche Minimum.“ Professor Dr. M. von Gruber. „Ebenso notwendig wie tägliche Geistesarbeit ist tägliche Körperarbeit.“ Zander. „Das Ideal für die Entwicklung der Schulkinder wäre es, wenn nur der Vormittag dem Geist, der Nachmittag dem Körper angehörte.“ Langstein. Kategorisch meldet sich Alice Profe: „In allen höheren und niederen Mädchenschulen, auf dem Lande wie in der Stadt sind drei Turnstunden und ein allgemein verbindlicher Spieltagnachmittag wöchentlich auf allen Stufen notwendig. Es ist gar kein Gebante daran, daß das unser Endziel ist — nein! aber es ist ein Anfang.“ Oberlehrer Barth begründet und unterstützt die tägliche Körperübung: „Wissen gibt die Schule der Gegenwart genügend. Die höheren Schulen vieles, welches jenseits der Schule bald wieder unbenützt und nutzlos verloren geht. Würde die Zeit hierfür auf Leibesübungen verwandt, sie würde bessere Zinsen tragen.“ Dringend fordert Hecker (Erziehung zur Wehrhaftigkeit) einen großzügigen Ausbau der Leibesübungen in den Schulen, bis zu dem Grade, daß ein Gleichmaß der geistigen und körperlichen Entwicklung gewährleistet wird. „Da wir nun einmal wissen, daß die körperliche Entwicklung unseres Leibes so sehr durch die körperliche Betätigung gefördert wird, und umgekehrt so sehr leidet, wo diese fehlt oder in ungenügendem Maße erfolgt, sollten wir auch den Mut haben, die Konsequenzen aus dieser Erziehung zu ziehen.“ Blumkisch, auch der Orthopäde Schultheß, Zürich, fordert für die körperlichen Übungen der Schule einen breiteren Raum, und zwar tägliche Übungszeit. Ein engerer Fachkollege Erich-Wien schreibt: „Die Schule soll nicht nur die Vermittlerin geistiger Kultur und nicht nur Träger der individuellen Kultur des Menschen sein, sie soll auch die Basis jenes Zentralnervensystems, das sie ausbildet, nicht vergessen; sie soll und muß die körperliche Erziehung in ebenso breitem Maße in ihren Pflichtenkreis aufnehmen, wie die geistige und moralische Erziehung. Die tägliche Bewegungsstunde, womöglich im Freien und unter entsprechender Reduktion des Unterrichts, muß eingeführt werden und darf nicht länger als frommer Wunsch der Aerzte in den hygienischen Forderungen stehen; das Ideal des Arztes und aller Jugendfreunde ist die schon im Jahre 1880 von Hartwich aufgestellte Forderung: Der Vormittag dem Geiste, der Nachmittag dem Körper.“

Reise des Staatspräsidenten nach Berlin.

(SGB.) Stuttgart, 11. Jan. Staatspräsident Dr. Hieber begibt sich, einer Einladung des Reichsstatzlers zufolge, heute nach Berlin, um an der Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten mit der Reichsregierung über die politische Lage teilzunehmen.

„Industriehof“ in Stuttgart.

(SGB.) Stuttgart, 10. Jan. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist die Verwertung des alten Stuttgarter Bahnhofes unter Mitwirkung maßgebender Finanz- und Wirtschaftskreise gesichert und zwar wurde eine Gesellschaft gebildet mit einem voll eingezahlten Aktienkapital von 120 Millionen Mark, die das alte Bahnhofgebäude der württ. Industrie zu Ausstellungs- und Bürozweden zur Verfügung stellen wird. Mit den Abubarbeiten, die die Herstellung der großen Verbindungsstraße zwischen Schlossstraße und Hauptbahnhof bedingt, soll schon im März begonnen werden, dagegen wird mit dem Abbruch der großen Gleishalle über die früheren Bahnhofssteige I und II sofort begonnen. Die entsprechenden Verträge mit der Reichsbahndirektion wurden dieser Tage abgeschlossen. Die endgültige Entscheidung zur Verwirklichung der vorstehend genannten Projekte liegt nun noch bei der fürstlich Donnersmarth'schen Generaldirektion. An deren Zustimmung ist nicht zu zweifeln und es wäre nur zu begrüßen, wenn in der gegenwärtigen schweren Zeit derartige für das Wirtschaftsleben und besonders die Bautätigkeit außerordentlich wichtige Millionenprojekte ausgeführt würden.

ich mir auf diese Weise das Herz erleichtert hatte, legte ich mich auf die Seite; schlafen konnte ich nicht, aber wenigstens ruhen und erwärmen. Eine einzige Sorge quälte mich noch, daß man meine Fußstapfen durch Feld und Wald bis zur Stadt hin entdecken könnte, und in meinem trankhaften Eifer fiel es mir sogar ein, ich solle noch einmal hinaus, um sie mit dem Rehrbesen zu ebnet, aber ich wäre zu schwach gewesen zu dem Torenwerk, und der anbrechende Morgen machte auch diese Sorge überflüssig, denn er ließ reichlichen Schnee herabrieseln, der in solchen Floden an meinem Kammerfenster vorbeizog, daß meine Fußstapfen in einer halben Stunde völlig verwischt sein mußten. Du kannst mich auslachen, aber wie ich alles so überdachte, so konnte ich nicht anders glauben, als daß ein Engel auf allen meinen Wegen mit mir gewesen sei, der mich wunderbar behütet habe. Und diese Ueberzeugung gab mir die Kraft, dem stillen Kampf mit den Menschen entgegenzu gehen, von dem ich wußte, daß er mir in der kurzen Spanne Zeit, die ich mir noch eingeräumt glaubte, beschieden sei. Es war freilich ein stiller Kampf, aber ein schwerer, und er dauerte länger, als ich damals in meinen Todesgedanken meinte.“

„Und auch ich,“ sagte Erhard, „habe mein Mögliches getan, dich zu peinigen. Ich will jetzt nicht unterfragen, ob ich damals fähig gewesen wäre, die Wahrheit zu ertragen, aber das ist mir jedenfalls klar, daß ich meine Anträge sehr zur Unzeit angebracht und dir dadurch nur bittere Stunden bereitet habe. Dein Kampf um die Wahrheit in der schwersten Stunde deines Lebens wurde durch mein Dazwischentreten dir sehr ershwert, aber die eiserne Notwendigkeit trug über alles Abwägen und Ueberlegen den Sieg davon.“

(S.C.B.) Stuttgart, 11. Jan. An dem Beschluß des Aufsichtsrats der Straßenbahn, ab 1. Februar den gesamten Personenverkehr einzustellen, ist bis heute noch nichts geändert worden, da auch die Umstände inzwischen keine Verschiebung erfahren haben und insbesondere der Verkehr auf der Straßenbahn anscheinend noch weiter zurückgegangen ist. Wie zuverlässig verlautet, ist man unbedingt gewillt, an dem genannten Termin das Personal zu entlassen; Aussichten für eine anderweitige Lösung beständen heute tatsächlich keine.

(S.C.B.) Schweningen, 11. Jan. Der 18 Jahre alte Kaufmannslehrling H. Glüd in Königfeld zeigte dem 26 Jahre alten Steuereinnahmer Heinrich eine Mauserpistole. Plötzlich ging ein Schuß los, der Heinrich ins Gesicht traf. Im ersten Schrecken und aus Furcht vor Strafe erschloß sich Glüd.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar stand gestern auf 10 475 Mark, der Schweizer Franken auf 1969 Mark.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S.C.B.) Stuttgart, 10. Jan. Die Tendenz des amtlichen Verkehrs war nicht ganz einheitlich. Pantaktien waren fest: Notend. + 500 Prz. (6500), Vereinsb. + 300 Prz. (3300), Brauereiwerte waren sehr fest: Brauhaus Ravensburg + 1000 Prz. (2500), Ehlinger + 850 Prz. (2500), Kettenmeyer-Tivoli + 700 Prz. (3000), Hohenz. + 500 Prz. (3700), Wulle + 1600 Prz. (4600). Textilwerte uneinheitlich: Kammgarn Vietigh. + 3000 Prz. (20 000), Kolb und Schüle - 600 Prz. (11 900), Kottner - 1000 Prz. (9500), Ehlingen + 1000 Prz. (14 000), Württ. Kottun + 1500 Prz. (10 500), Württ. Leinen - 1000 Prz. (16 000). Maschinen- und Metallwerte nicht ganz einheitlich und gaben vorwiegend nach: Daimler - 300 Prz. (5200), Maschinenfabrik Ehlingen - 7000 Prz. (11 000), Hesser + 1000 Prz. (7500), Lauph. Werkzeug + 1000 Prz. (16 000), Weingarten - 2000 Prz. (12 000), Feinmeh. Tuttl. - 3000 Prz. (29 000), Junghans - 500 Prz. (6000). Die sonstigen Werte lagen uneinheitlich: Zement Heidelberg - 200 Prz. (8300), Hohner + 1000 Prz. (14 000), Salz Heilbronn + 3000 Prz. (30 000), Stuttg. Zucker - 200 Prz. (7400), Verein. D. Delfabr. + 1000 Prz. (10 000), Württ. Metallw. + 1000

Prozent (11 000), Ziegel Ludwigsb. + 500 Prz. (9500). Der Freiverkehr war ebenfalls uneinheitlich.

Häuteversteigerung.

(S.C.B.) Stuttgart, 10. Jan. Bei starkem Besuch und flottem Verkauf wurde auf der Stuttgarter Häuteversteigerung am Dienstag erzielt für: Ochsenhäute bis 29 Pfund 1704 M, 30-49 Pfund 1471 bis 1526, 50 bis 59 Pfund 1400 bis 1413 M, 60 bis 79 Pfund 1348 bis 1419, 80 Pfund und mehr 1125 bis 1202 M, für Kinderhäute bis 29 Pfund 1742 bis 1755, 30 bis 49 Pfund 1801 bis 1874, 50 bis 59 Pfund 1531 bis 1572, 60 bis 79 Pfund 1407 bis 1487, Kuhhäute 30 bis 49 Pfund 1346 bis 1382, 50 bis 59 Pfund 1301 bis 1337, 60 bis 79 Pfund 1311 bis 1404, 80 Pfund und mehr 1231, Farrenhäute bis 29 Pfund 1705 bis 1718, 30 bis 49 Pfund 1698 bis 1775, 50 bis 59 Pfund 1220 bis 1270, 60 bis 79 Pfund 1011 bis 1077, 80 Pfund und mehr 927 bis 946 M. Ausschuhhäute aller Gattungen 10,61, Norddeutsche Häute 12,16, Kalbfelle 30 80 bis 33,20, Fresserfelle 19,79, Hammelfelle gefalzene 7,51 bis 8,40, Hammelfelle, trodene, 10,15.

Die Holzpreise in Württemberg.

Die Durchschnittserlöse aus den württ. Staatswaldungen im Monat Dezember betragen für Nadelstammholz bei einer verkauften Menge von 2160 Fichten und Tannen 486 Prz. der Landesgrundpreise (im November 330 Prz.). Für Eichenstammholz 3. Kl. wurden 82 276 M, 4. Kl. 78 707 M und 5. Kl. 45 061 M für 1 Fm. bezahlt; für Eichenpalter 15 500 M, Eichenrugel 10 800 M, Rotbuchenpalter 16 000 M, Weißbuchenrugel 16 000 M, Fichtenrugel 29 216 M für 1 Raummeter.

Stand der wichtigeren Tierseuchen in Württemberg.

Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Landesamts herrscht nach dem Stande vom 31. Dezember 1922 die Maul- und Klauenseuche in insgesamt 13 Oberämtern. Sie verteilt sich auf 22 Gemeinden und 33 Gehöfte. Die Schafräude ist in 8 Oberämtern, 10 Gemeinden, 13 Gehöften, die Pferderäude in 3 Oberämtern, 3 Gemeinden und 3 Gehöften verbreitet. Ferner trat die Kopfkrankheit

der Pferde in 3 Oberämtern und 3 Gemeinden und die ansteckende Blutarmut der Pferde in 13 Oberämtern, 21 Gemeinden, 22 Gehöften auf. Außerdem ist Milzbrand in 5 Oberämtern, 6 Gemeinden und 6 Gehöften, Bläschenauschlag des Rindsviehs in 5 Oberämtern und 5 Gemeinden und Schweineseuche und Schweinepest in 4 Oberämtern mit 4 Gemeinden und 4 Gehöften festgestellt worden.

Märkte.

(S.C.B.) Ellwangen, 11. Jan. Der Viehmarkt war mit 3 Farren, 198 Ochsen, 187 Stieren, 158 Kühen, 103 Kalbsehn und 186 Stück Jungvieh und Kälbern befahren. Es galten: ein Farren mit 1370 Pf. 602 800 M, 1 Paar Ochsen mit 3150 Pf. 2 150 000 M, mit 2850 Pf. 2 100 000 M, mit 31 Ztr. 2 000 000 M, mit 2750 Pf. 1 540 000 M, 26 Ztr. 1 350 000 M, 2580 Pf. 1 350 000 M, 2690 Pf. 1 345 000 M, 2530 Pf. 1 290 000, 2520 Pf. 1 285 000 M, 2520 Pf. 1 260 000 M, 2170 Pf. 1 280 000 M, 1660 Pf. 830 000 M, 1380 Pf. 772 800 M, 1 Stier mit 11 Ztr. 690 000 M, ein Rind mit 770 Pf. 385 000 M, mit 680 Pf. 300 000 M, mit 450 Pf. 235 000 M. Für Küge wurden 300 000 bis 900 000 M bezahlt.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten- und Großhandelspreisen gemessen werden da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftl.

Kirchliche Nachrichten.

Evang. Gottesdienste

am 2. Sonntag nach Erscheinungsfest, 14. Januar. B. Turm: 32. ¼ 10 Uhr und ¼ 11 Uhr Predigt, Dekan Zeller; Eingangsglied No. 32 „Wenn wir“; 1 Uhr Christenlehre, Töchter, alt. Abt., 5 Uhr Predigt, Stadtpf. Lang.

Katholische Gottesdienste.

Sonntag, 14. Jan 8 Uhr Frühmesse, ¼ 10 Uhr Predigt, Amt und Christenlehre, 2 Uhr Andacht. Werktags hl. Messe ¼ 8 Uhr.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, den 14. Jan. vorm. ¼ 10 Uhr Predigt, Fißler; vorm. 11 Uhr Sonntagschule, abends 5 Uhr Predigt Fißler, M i t t w o c h 8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

Stammheim: Vorm. 10 Uhr Predigt, Hof; nachm. ¼ 2 Uhr Predigt, Fißler, M i t t w o c h 8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann, Calw. Druck und Verlag der H. Dellwischen'schen Buchdruckerei, Calw.

Gedenket der Heimatnot-Spende!

Weilberstadt.
Vieh-, Pferde-, u. Schweinemarkt
am Montag, den 15. Januar. Ursprungszeugnisse nicht nötig. Händler haben die vorgeschriebenen Gesundheitszeugnisse vorzulegen. Marktzutritt für Personen und Vieh aus Besuchengebieten verboten.
Stadtschultheißenamt: S ch ü ß.

Hirsau.
Ziegenbock-Verkauf
am Montag, den 15. Januar, nachmittags 1 Uhr, bei Vochhalter Buyer, Klosterhof. Schultheißenamt.

Radfahrer-Verein Ulzburg.
Wir laden unsere Mitglieder sowie Freunde zu unserer
Abend-Unterhaltung
am Sonntag, den 14. Januar, im Gasthaus zur „Krone“ höflich ein. Anfang 8 Uhr.
Der Ausschuß.

Am Sonntag, den 14. ds. Mts.
im Gasthaus zum „Schiff“
Hundebörse
wozu einladen mehrere Hundesfreunde.

50 Stück elektr. Bügeleisen
verkauft weit unter Tagespreis
3 ½ Kg. Mk. 7000.—
2 ½ Kg. Mk. 6500.—
Chr. Kurz, Techn. Büro
Fernsprecher 57.

Wand-Kalender für das Jahr 1923
Zum Preise von 10.— Mk. zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Inventur-Ausverkauf
vom 13. bis 27. Januar 1923.

Benützen Sie diese selten günstige Einkaufsgelegenheit!

Anzüge	35 000, 30 000, 27 000, 26 000, 23 000 Mk.
Schlüpfer, reine Wolle	27 000 Mk.
Gestreifte Hosen, groß sortiert	9 500, 8 500 Mk.
Feldgraue Hosen, stabile Ware	6 800 Mk.
Pilot-Hosen, engl. Leder	4 800 Mk.
Sport-Hosen, Manchester	11 000 Mk.
Tuch-Hosen in braun und grau	8 800 Mk.
Windjacken in allen Größen	12 000, 11 000 Mk.
Schlosser-Anzüge, kräftige Ware	8 800, 6 800 Mk.

Bruno Ziegler, Pforzheim
Leopoldstraße 7 a, 1 Treppe.

Kaufe Felle aller Art
Jakob Eberhardt, Badstraße 342.

1 Fahrrad verkauft.
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Neue **Gummipelerine** preiswert zu verkaufen.
Altburgerstraße 284.

Hüllen
Briefbogen
Zeitschriften
Massenaufgaben

DRUCK-SACHEN

Postkarten
Rechnungen
Farbendrucke
Familiendrucke

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei
Fernsprecher Nr. 9 Calw Lederstraße Nr. 151.

„Badischer Hof“.
Montag, den 15. Januar, abends 8 Uhr:
Ist eine Hilfe Englands und Amerikas zu erwarten?
Vortrag
von
Redakteur Otto Seilmann-Calw.
Der Redner wird zur Begründung seiner Auffassung einen Rückblick über die Außenpolitik der führenden Weltmächte von der Mitte des letzten Jahrhunderts bis zum Weltkrieg geben und ganz besonders die gegenwärtige Weltkonstellation mit ihren Aussichten für Deutschland kennzeichnen.
Zu dem Vortrag ist jedermann, auch die reisere Schuljugend, freundlichst eingeladen.
Kein Wirtschaftsbetrieb. — Saal geheizt.
Zur Deckung der Saalmiete wird ein Eintrittsgeld von 30 Mk. erhoben.

Hirsau, den 11. Januar 1923.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die ich während der Krankheit und dem Tode meines lieben Mannes
Johannes Göß
von allen Seiten erfahren durfte, bitte ich auf diesem Wege meinen innigsten Dank entgegen nehmen zu wollen.
Für die trauernden Hinterbliebenen:
Marie Göß.

Metall-Kinderbettlädle
mit guterhaltener Matratze hat abzugeben
R. Schulz, Friseur, Liebenzell.

25 Zentner Heu verkauft od. tauscht Frucht bevorzugt
Gwinner, Neubulach.

Mandolinen- und Gitarrenklub
Calw.
General-Versammlung
Sonntag 14. Jan. vorm. 10 Uhr im Lokal.
Der Vorstand.

Protest
Kennzeichnung
Der M
Berlin, 12. J
figen französische
wort auf die M
Auf die Mittel
Ich und schriftl
schafter in Paris
ich mich namens
Die französische
gierung, eine A
dung einer Kor
bezeichnet. Die
tigkeit des deu
Durchführung d
stellen und alle
gen Maßnahme
rischer Befugnis
Strafverwalt üb
die Vertreter ve
ten erhalten. S
delstammern, S
Kaufleuten usw
Bergwerke, Fab
suchen. Nach d
Stellen zugegan
führung dieser
deutender Stürk
Ruhegebiet ein.
Die französische
stellung der Rep
Holz- und Kohle
und 18 der Anl
erklärt sie, daß
ration oder an e
Sie glaubt hinz
der deutschen R
habe, die Arbeit
Truppen zu erle
Die deutsche
französische Reg
Charakter ihres
rung erklärt, da
die Vertragsbef
Aktion ins Auf
Berlegung des L
steht. Nach dem
kommission in d
den Holz- und
rung von Berge
berweiterer Maß
Fall ausgeschlo
§§ 17 und 18
Maßnahmen od
erklärt, daß die
sen werden dürf
die Allierten in
gegen nicht Ma
von Truppen u
schwerste Berleg
lich können etw
Deutschland nur
tierten Mächten
eigene Faust ge
fische Regierung
verhüllen, daß si
Tatsache, daß die
bewaffnet die G
schreit, kennzei
Aktion. Hieran
Frankreich keine
schem Charakter
unbedingt, sonde
gesprochen wird.
Die deutsche
rung als einzige
Tatsache heranz
1922 mit verhält
von Holz und A